

werden bei allen Schmeißerischen...  
Nr. 1. — für die Schweiz (Kreuzband)  
Nr. 2. — für Deutschland (Kreuzband)  
Nr. 3. — für Österreich (Kreuzband)  
Nr. 4. — für alle übrigen Länder des  
Weltpostvereins (Kreuzband)

Die billigste Postzeitung  
25 W. — 20 Wg.

# Der Sozialdemokrat

Ersteinst  
wöchentlich einmal  
in  
Zürich (Schweiz).  
Verlag  
der  
Verlagsbuchhandlung  
Göttingen-Zürich.

## Zentral-Organ der deutschen Sozialdemokratie.

Postsendungen  
franko gegen franko.  
Gewöhnliche Briefe  
nach der Schweiz kosten  
Doppelpost.

Bestelle an die Redaktion und Expedition des in Deutschland und Österreich verbotenen „Sozialdemokrat“ wolle man unter Beobachtung äußerster Vorsicht abgeben lassen. In der Regel schickt man uns die Briefe nicht direkt, sondern an die bekannten Redaktionsstellen. In zweifelhaften Fällen eingeschrieben.

### Parteigenossen! Vergesst der Verfolgten und Gemäßigten nicht!

### Freiheit, die ich meine!

Auch Frankreich hat bekanntlich seinen Kulturkampf, seinen Kampf zwischen Staat und Kirche. Aber wie es sagt, so gibt es auch verschiedene Arten von Kulturkampf. In Deutschland stand auf Seiten der Gegner der Kirche der absolute Staatsgedanke, während die liberale Partei ein Stück Demokratie vertrat, in Frankreich ist die liberale Partei Trägerin der politischen und sozialen Reaktion. Die Matadore der Börse: die Rothschilds, die Soubeyrans u. d. d. Industriellen: die Schneiders, die Chagots, die Bonnets u. s. w., stehen ebenso wie die orleanistischen und legitimistischen Kräfte mit den Pfaffen unter einer Decke, und dieser Umstand gibt selbstverständlich dem französischen Kulturkampf ein ganz anderes Gesicht, als es trotz der westfälischen und schlesischen Magnaten der deutsche trug.

In diesem französischen Kulturkampf nun ist neuerlich Blut, veritables Blut geflossen. Ein Pfarrer in Chateaubillain war von der Regierung gesperrt worden, hatte aber munter in einer Kapelle weiter amtiert, die sich ein dortiger Fabrikant in einer Kapelle zu seiner — nicht doch, zu seiner Arbeit — rühmte. Diese Kapelle sollte nun, da rühmte der Fabrikant sich beharrlich weigerte, den gesetzlichen Vorschriften zu entsprechen, geschlossen werden, der Direktor der Fabrik aber, ein Elässer Namens Fischer, verbarricaderte sich mit seinen Arbeitern und Arbeiterinnen, und gab, als die Gendarmen die Thüre aufsprangen, durch Abschließen eines Revolvers selbst das Signal zum gewaltigen Widerstand. Es kam zum Handgemenge, wobei es auf beiden Seiten Schwerverwundete und auf Seiten der Arbeiter sogar Tote gab.

Die Liberalen erhoben sofort ein Petergeschrei über das schändliche Attentat auf die persönliche Freiheit, auf die Freiheit der Gewissen. Denn was geht es den Staat an, wenn ein Privatmann sich eine Kirche erbaut, um seinem Gott auf seine Art zu dienen?

Diese Melodie klingt so verführerisch, daß selbst Leute in sie einzustimmen geneigt sind, welche die Pfaffen so gründlich oder vielmehr noch viel gründlicher hassen als irgend ein liberaler Kulturkämpfer. Und doch steht es nur schief darum — nämlich um die süße Freiheitsmelodie.

Unser Bruderorgan, der Pariser „Socialiste“, drückt sich in seiner neuesten Nummer in einer Polemik wider den radikalsten Abgeordneten Maret treffend folgendermaßen darüber aus:

„Der Maret ist „empört“ darüber, daß eine industrielle Kapelle — unter den bekannten Umständen — in Chateaubillain geschlossen wurde. Was uns empört würde, wenn unter Wogen nicht seit Langem durch die Pfaffen abgestumpft wäre, welche die herrschende Bourgeoisie uns die Tag für Tag zu verschlingen gibt, ist, daß es überhaupt noch ein Betäubungsmittel dieser Art geben kann, zu dem die Gesellschaft nicht den Schlüssel in der Tasche hat.“

„Was kümmert es mich, schreibt der literarische Führer des Radikalismus — daß sich jemand eine Kapelle statt eines Badezimmers bauen läßt? Was kümmert es mich, wenn er darin die Abendmesse singen läßt? Sein Nachbar wird der Bemühungen einen Tempel erbauen, sehr gut sein. Ein Dritter wird Kaffeebohnen pflanzen, ein Vierter wird sich damit begnügen, Kaffee zu pflanzen — das ist seine Sache. Was geht das alles mich an?“

Das kann dem „wichtigsten“ der Deputierten sehr gleich sein, der seine parlamentarischen Dilettanten, wie es ihm grad einfällt, auf dem Boulevard Montmartre verkehrt, und der sich so stellt, als glaube er — o Taxist! — daß die Kapelle des Herrn Giraud im Departement Haute Saône erbaut worden sei für den persönlichen Gebrauch des Herrn Giraud, der in Lyon wohnt.

Aber den Arbeitern und Arbeiterinnen dieses Bethaus-Prinzipals, wider die diese Bethäuser ausgebeutet wurden, macht es sehr viel aus.

Es macht ihnen soviel aus, daß sie in Nancy, in Monceau und anderwärts, um sie loszuwerden, nicht vor dem Dynamit zurückgeschrecken, das ihnen Zuchtthaus und Bagno einbrachte. Denn diese Kapellen, Kreuze und anderen Kultusobjekte, mit denen man ihre Arbeitsstätten überfüllt hat, stellen eine neue Knechtschaft, eine gesteigerte Potenz der Ausbeutung dar.

Erstens sind es ihre Löhne, von denen man die Kosten für diese Zimmereisen, für diese Hauskammer abzieht. Dann aber verweigert man ihr Gewissen durch die Verpflichtung, sich „messen“ zu lassen oder auf das Pflaster zu fliegen. Kein Recht, kein Drob.

Und zur Werkstattpolizei gesellt sich die Seelenpolizei. Um eine Idee davon zu bekommen, zu was für einer Arbeiter-Inquisition dieses, von den Radikalen à la Maret für die Giraud, die Bonnets u. s. d. geforderte „Recht auf Kirchen“ das Instrument ist, muß man sich in das Paraguay des vorigen Jahrhunderts versetzen, wo das Leben der unglücklichen Indianer auf Schritt und Tritt von den Jesuiten vorgeschrieben und überwacht wurde.

Man spricht von Gewissensfreiheit, aber was wird aus dieser Freiheit, was bleibt von ihr übrig, wenn jeder Ausbeuter, wie sein Badezimmer, seine Kirche haben kann, und nur die Arbeiter in die dazu gehörige Fabrik einläßt, welche mit Weiswasser besprengte Pfoten vorzeigen?

\*) Die Fabrik dieses Wiedermanns ist wie eine wahre Festung eingerichtet, die Arbeiterinnen stehen unter Aufsicht von Nonnen, werden zur Bräute gezwungen, und müssen von ihrem großen Wochenlohn einen Beitrag zur Unterhaltung der „Schwestern“ und des Beichtvaters leisten.

Die öffentlichen Kirchen von heutzutage nehmen dem arbeitenden Volk nur sein Geld. Auf seine Kosten werden sie erbaut und unterhalten, aber nur seine Tasche wird in Anspruch genommen. Es steht ihm wenigstens frei, ihre Schwelle nicht zu betreten.

Die Privatkirchen der Prinzipale dagegen nehmen das Geld und die ganze Persönlichkeit. Sie sind das „compelle intrare“, der Zwang zum Eintritt, sanktioniert durch Abschneidung des Lohnes, das heißt durch den Hungertod.

Diese letzteren sind es daher, die zuerst rasirt werden müssen — und sollte daher Maret in seiner anarchischen Hölle darüber plagen.“

So der „Socialiste“, und seine Argumente sind voller Beachtung werth.

Die Freiheit für Alle ist eine sehr schöne Sache, aber so lange diese Freiheit in Folge der gesellschaftlichen Zustände: der Eigentumsverhältnisse, sich überlegt in das Recht der Einen, der Besitzenden, die Freiheit der Andern, der Besitzlosen, in ihr Gegenteil, in die tiefste Sklaverei, umzuwandeln — ist sie ein leerer Schall, eine betrügerische Phrase, erfunden von Schurken, um Gimpel zu fangen.

Die Freiheit, welche die Kirche für sich reklamirt, hat mit der wirklichen Gewissensfreiheit gar nichts zu thun, sie verlangt für sich das Recht, die Gewissen zu beherrschen, die geistige Freiheit zu unterdrücken, zu knechten. Man sehe sich nur diese kirchlichen Freiheitsfremde in der Nähe an, diese Herzöge, Fürsten, Grafen, Finanziers und Militärs — diese Todfeinde alles politischen und sozialen Fortschrittes — sie sind die ersten, die: „Kreuzige ihn!“ schreien, wenn ein unabhängiger Denker die Stimme der freien Kritik erhebt.

Es ist mit der Freiheit der Gewissen wie mit der famosen „Freiheit der Arbeit“. Auch diese liefert den Privilegirten der heutigen Gesellschaft den Vorwand zu jeder Injustiz, zu jeder Gewaltthat gegen die Besitzlosen. Zum Schutze der „Freiheit der Arbeit“ rufen sie die unterdrückende Staatsgewalt an, damit sie ihre widerstrebenden Arbeiter zu Paaren treiben soll. Die Ausbeuter dürfen sich verabreden, diesen oder jenen unlieblichen Proletarier zu ächten, sie dürfen die gewählten Wortführer der Arbeiterfrage in ihren Blättern beschimpfen, das ist kein Attentat auf die „Freiheit der Arbeit“. Aber den Arbeitern in ihrem Kampfe Muth und Ausdauer predigen, sie in der Organisation zur Förderung ihrer gerechten Sache unterstützen, das heißt die „Freiheit der Arbeit“ schädigen.

So finden sich in Frankreich gefällige Richter, die der Abschreibung halber Duc-Ouercy und Roche zu 15 Monaten Gefängnis verurtheilen, und so findet sich in Deutschland ein strebsamer Puttkamer, der seine Polizeihandlanger anweist, um keinen Preis zu dulden, daß wo irgend ein Lohnkampf ausgebrochen, die Wahrung der Arbeiterinteressen in die Hände erfahrener Vertreter der Arbeiterfrage geräth, und der das Sozialistengesetz mit frecher Willkür auf „Führer von Streikbewegungen“ ausdehnt, von denen die Polizei die „begründete Ueberzeugung gewinnt“, daß von ihnen „eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung zu besorgen ist“.

Mit anderen Worten: sobald ein Streik ernsthaft wird, nimmt sich die Polizei das Recht, den Streikenden von Ausnahmefällen abgesehen in den Rücken zu fallen. Alles im Interesse der „Freiheit der Arbeit“. Heißt es doch in dem Erlaß des preussischen Ministers ausdrücklich, daß sich die Polizeibehörden „sorgfältig jeder Maßregel enthalten sollen, welche als eine Parteinahme für die Arbeitgeber gegen die Arbeitnehmer oder umgekehrt erscheinen könnte.“ Schade nur, daß in dem ganzen Erlaß auch nicht eine Maßregel aufgeführt wird, die gegebenen Falles gegen die „Arbeitgeber“ in Anwendung zu bringen wäre. Es ist nur von Maßregeln gegen die Arbeiter und ihre Vertreter die Rede.

Nach der Logik der herrschenden Klassen kann eben nur von Seiten der Arbeiter die „Freiheit der Arbeit“ beeinträchtigt werden, von Seiten der Ausbeuter nie. Denn die „Freiheit der Arbeit“ überseht sich in der Praxis in die Freiheit des Ausbeutenlassens, wie die Freiheit der Gewissen in der Sprache der Kirche nichts anderes heißt wie die Freiheit, die Gewissen zu knechten.

Darum lassen wir uns durch das Geschrei der Pfaffen und Pfaffenfreunde nicht irre leiten. Und wenn sie zehntausendmal von „Freiheit“ deklamiren, sie meinen immer nur ihre Vorrechte.

Wo aber der heutige Staat gegen diese vorgeht, wird er freis und weislich sein. Was wir ihm vorwerfen, ist nicht, daß er es thut, sondern daß er es nur halb thut, nur halb thun kann.

Und wer uns fragt, wie diese Auffassung mit unserem Programm zu vereinbaren ist, dem antworten wir: Der Satz: Religion — Privatsache, kann erst dann zur Wahrheit werden, wenn das Kapital aufgehört hat, Privatsache zu sein. Erst wenn die Freiheit der Ausbeutung in Einde gefunden, wird die Freiheit der Arbeit zur Wahrheit werden.

### Aus England.

London, Ende März 1886.

II.

Bevor ich im eigentlichen Text des Briefes weiter gehe, habe ich zweierlei zu erwähnen, wozu mir hier der beste Platz scheint. 1) Die ausländische Konkurrenz im hiesigen Arbeitsmarkt, namentlich

aber die deutsche, ist überhaupt nicht in dem Maß vorhanden, daß sie das große Geschrei, welches darüber in der englischen Presse angestimmt wird, auch nur im Leisesten rechtfertigt.

Es leben zwar eine große Anzahl Deutscher in London, vielleicht ungefähr 150—160,000 (Genauer ist ja darüber nicht recht zu ermitteln), aber diese große Zahl rechtfertigt wohl auch die Annahme, daß die Deutschen nahezu dasselbe Quantum Arbeit für Andere, also auch für Engländer, bringen, respektive schaffen, als was sie nehmen, beziehentlich für sich beanspruchen.

Reduziren wir nun aber die Anzahl der Deutschen auf die wirkliche Arbeitskraft, welche sie repräsentiren und mit welcher sie also in die Konkurrenz treten, so beträgt die Zahl der hier in Betracht kommenden sicher nicht viel mehr wie 50,000. Da nun London aber in demselben Verhältniß eine Gesamtarbeitskraft von 1,400,000 repräsentirt, so ergibt sich das Verhältniß von 1 zu 28, d. h. 1 deutsche Arbeitskraft auf 28 englische.

Dieser Bruchtheil, an und für sich schon ein derartiger, daß er für die Gesamtheit kaum ins Gewicht fallen kann, wird aber vollständig auf Null reduziert, wenn man bedenkt, daß, wie schon gesagt, ein gutes Theil Arbeit doch durch die Deutschen geschaffen wird, daß ferner aber eine bedeutende Anzahl Deutscher hier sind, welche entweder selbständig etablirt oder Repräsentanten großer deutscher Handlungshäuser und Fabrikanen sind, also in beiden Fällen Arbeitgeber und nicht Arbeitnehmer.

Alle diese, und ihre Zahl ist nicht gering (kann man doch in der City hier manchmal den Einbruch geminnen, als sei man in einer deutschen Stadt), beschäftigen aber aus sehr naheliegenden Gründen mindestens eben so viele, wenn nicht mehr englische, als deutsche Arbeiter. Dies alles beweist, daß die so viel verheißene deutsche Konkurrenz nicht in so außerordentlichem Maße vorhanden ist. Dazu kommt noch, daß es nur sehr wenige Arbeitszweige sind, in welchen ausländische Arbeiter wirklich zur Konkurrenz mit englischen Arbeitern zugelassen sind. Alle die großen Arbeiterkategorien, wie z. B. Dock- und Hafenarbeiter, Hausknechte, Kutscher, Padträger, Marktweiser, Kohlenarbeiter, sowie überhaupt alle sogenannten Tagelöhner haben von der ausländischen Konkurrenz nichts zu fürchten.

Der je Gelegenheit gehabt hat, diese Arbeiterkategorien hier in London und anderen großen Städten kennen zu lernen, ihre strenge Abgeschlossenheit nicht bloß jedem Fremden, sondern selbst dem Einzelnen gegenüber, welcher nicht zur „Junk“ gehört, wird ohne Weiteres wissen, daß hier kein Feld für deutsche Arbeitskraft ist.

Ebenso ausgeschlossen von dieser Konkurrenz sind Eisenbahn-Arbeiter und Bedienstete, überhaupt alle Arbeiter, die mit dem öffentlichen Verkehrswesen zusammenhängen. Nur ganz vereinzelt findet man einmal einen deutschen Droschkentischer oder Omnibuskonduktor u. dgl. Außer allen diesen gibt es aber noch eine ganze Anzahl von Gewerben, die für Deutsche gar nicht oder doch nur sehr schwer erreichbar sind, so z. B. Maurer, Bauhelfer, Zimmerleute, Sattler, Weber, Buchdrucker, Lithographen u. a. m.

Tatsächlich ist deutsche oder ausländische Konkurrenz nur in wenigen Gewerben vorhanden, z. B. bei den Kunstschlern, Schneidern, Schufern, Mechanikern, Schlossern, Kellnern, Friseurern, Barbieren, Bäckern und Komptoiristen.

Die letztere Branche, hier Clerks genannt, leidet, das muß zugegeben werden, wohl am meisten unter ausländischer Konkurrenz, doch hat es damit keine besondere Bewandnis. Diejenigen, welche hier dem englischen Clerks Konkurrenz machen, sind in großer Zahl keine eigentlichen Arbeiter, sondern Söhne reicher oder doch demittelten deutscher Handlungsbefreier, welche hier als Volontäre in englische oder auch deutsche Häuser eintreten, weil sie nach einem alten Vorurtheil glauben, sie könnten in England, resp. London, die Kunst, Profit zu machen, besser lernen, als in der Heimath. Beiläufig eine schöne Täuschung. (Da sind wir aber anderer Ansicht. Die Red.)

Diese Leute nehmen nun meistens nur zu diesem Zweck Stellung und erhalten gar keinen oder doch nur wenig Lohn, und da an ihrer Stelle keine Engländer stehen können, machen sie diesen selbstverständlich eine fühlbare Konkurrenz. Doch muß ich hier ausdrücklich betonen, es sind das keine deutschen Arbeiter, sondern deutsche Bourgeoisöhne, der Haß der englischen Arbeiter schießt also am Ziel vorbei.

Nedrigens bringen diese Leute auch alle Geld nach England, da sie von ihren Eltern oder Anverwandten unterhalten werden, und somit schaffen sie wiederum einer andern Kategorie von englischen Arbeitern Verdienst und Brod, da sie meistens in englischen Familien wohnen und verkehren.)

Aus Vorstehendem geht wohl zur Genüge hervor, daß die ausländische Konkurrenz im Großen und Ganzen keine derartige ist, daß das erhobene Geschrei darüber gerechtfertigt wäre.

In den wenigen Geschäften aber, die ich oben genannt habe als solche, in welchen deutsche Konkurrenz vorhanden ist, arbeiten die deutschen Arbeiter bis auf ganz wenige Ausnahmen zu denselben Arbeitslöhnen wie die Engländer, ja in sehr vielen Fällen erhalten sie sogar mehr.

Doch über die Lohnverhältnisse an anderer Stelle; hier erlaube ich mir nur noch die eine Bemerkung, daß wenn die Engländer gar keine ausländische Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt haben wollen, wie es nach dem Geschrei der Presse scheint, sie am besten thun, das „britische Reich“ mit einer chinesischen Mauer zu umgeben.

Freilich ein schönes Schauspiel, wenn die „Grand Nation“ der Briten, welche seit mehr denn ein Jahrhundert bemüht gewesen ist, alle chinesischen Mauern Europas und Asiens einzureißen, jetzt selbst am Ende des 19. Jahrhunderts, eine solche um ihr Eiland läge.

Wer kann's wissen?!

Nun noch ein Anderes.

Ich stehe nicht an zu erklären, daß selbst wenn die ausländische Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt hier in England wirklich so groß wäre, wie es die hiesige Presse hinjursten sucht, so wäre es auch noch weiter nichts, als daß die englische Nation jetzt erntet, was sie seit länger als einem Jahrhundert gesät hat, und zu bedauern wäre dann nur, daß diejenigen, die unter dieser Wipernte jetzt zu leiden haben, gerade die Arbeiter sind.

\*) Diese Art zu rechnen, scheint uns denn doch etwas zu — bürgerlich. Der durch deutsche Kolonisten außer Existenz gesetzte oder in seinen Existenzbedingungen herabgedrückte englische Clerks würde ja ohne diese Konkurrenz wohl auch andern Kategorien von englischen Arbeitern „Verdienst und Brod schaffen“. Aber wir haben es hier mit dem Clerks als Arbeiter und nicht mit dem Clerks als Konsument zu thun. Und diesem liegt, wenn er auf's Pflaster fliegt, die Frage doch am fernsten: Bringt der, der mich dem Verhungern aussetzt, Geld in's Land oder nicht?

Der werthe Einsender geräth unseres Erachtens überhaupt in seinen Deduktionen vielfach auf Abwege. Wenn wir seiner Zuschrift dennoch die Aufnahme nicht verweigern, so erstens wegen des recht interessanten Themaschwermetals, mit dem er uns im Verlaufe derselben bekannt macht, und zweitens weil er im Schlussresultat immer wieder auf den richtigen Standpunkt zurückkommt.



Wir leben im Zeitalter des Manchesterthums (wenn auch schon stark auf dem Abmarsch), und das höchste und heiligste Prinzip desselben ist „freie Konkurrenz.“

Unter diesem Prinzip hat die englische Nation in Folge ihrer früh und weit entwickelten Industrie mehr als ein Jahrhundert lang den Weltmarkt beherrscht, aller Herren Länder und namentlich den Kontinent mit ihren Industrieprodukten überschwemmt, und auch Deutschland, und somit hat Deutschlands Arbeiterwelt darunter lange Jahre schwer gelitten.

Jeder, der nur ein oder zwei Jahrzehnte zurückdenken kann, wird wissen, daß in Deutschland fast nichts Werth hatte, das nicht von England kam, kein Zwirnstrang, Messer, Sabel, Tuch und Kleiderstoffe, Alles, Alles von England. Große Unternehmungen, wie z. B. Gas- und Wasseranlagen in vielen deutschen Städten, sind von Engländern und, wie beispielsweise in Hamburg, jahrzehntlang im Besitze von englischen Kompagnien gewesen, und sind es vielleicht heute noch. Die Baumaterialien zu diesen Anlagen, wie Möhren etc., wurden fast ausschließlich von England bezogen und theilweise sogar englische Arbeiter bei ihnen beschäftigt. Erwinnere ich mich doch sehr gut aus dieser Zeit, als Knabe zum ersten Male betrunkene englische Frauen gesehen zu haben, deren Männer bei den Gasanlagen in Hamburg beschäftigt waren.

Genug. Jeder weiß, wie schwer Englands Konkurrenz auf dem ausländischen Arbeitsmarkt gelafet hat, und ich glaube nicht fehlzugehen, wenn ich sage, daß die Auswanderung der deutschen Arbeiterbevölkerung theilweise auf Konto der erdrückenden englischen Konkurrenz zu setzen ist.

Ein Jahrhundert lang haben also englische Kapitalisten sich in Deutschland und dem übrigen Kontinent die Taschen gefüllt und selbstverständlich während dieser Zeit für die englische Arbeiterwelt auch vollauf Arbeit geschafft.

Diesem Umstand ist auch wohl zum Theil das rasche Aufblühen der Tradeunions und anderer Arbeiterorganisationen zu jener Zeit zuzuschreiben. Jetzt hat sich das Ding gedreht, die kontinentale und namentlich die deutsche Industrie hat sich entwickelt und die englische überflügelt. England ist vom Weltmarkt verdrängt und hat zum großen Theil sogar den Markt des eigenen Landes verloren, denn kontinentale und namentlich deutsche Industrieprodukte überströmen den hiesigen Markt und sind gesuchte Waaren.

In der Dekonomie gibt's keinen Parbon, und wenn die Engländer glauben, ein Jahrhundert lang den Weltmarkt haben zu können, ohne Standgeld zu zahlen, so irren sie eben.

Englische Kapitalisten haben dem festländischen Arbeiter jahrelang das Brod vom Mund weggenommen, und nun sind es kontinentale Kapitalisten, welche dem englischen Arbeiter das Leben sauer machen, das ist es. Es ist die Konkurrenz, gegen welche die englischen wie alle anderen Arbeiterfront machen sollten, und nicht feilschen und janken gegen ihre Arbeitsbrüder.

Es gilt, die goldene Internationale zu stützen; diese Aufgabe zu lösen, ist die Pflicht der Proletarier aller Länder.

## Sozialpolitische Rundschau.

Büch, 21. April 1886.

— **O Heuschel, dein Name ist Bismarck!** Im „Kulturkampf“ nämlich unterlegen, macht der geniale Junker Otto es jetzt genau so wie der erste beste Schuljunge, der in flagranti bei irgend einer besonders großen Dummheit ertappt worden: er verlegt sich aufs Zeugnen, Lügen und Drogen. Der Himmel behüte: Er, der große Barynski, hat den Kulturkampf nicht angefangen — irgend ein belästiger „Krähig“ war das Karnikel, das angefangen hat. Er, der große Barynski, ist — wir zitieren wörtlich nach dem stenographischen Bericht der „Frankfurter Zeitung“ über die letzte Kulturkampfdebatte der preussischen Herrenhäuser — ganz unschuldig an dem „Kulturkampf“; er weiß weniger davon als (der Dampfmann) Beseler (der gar nicht davon weiß). Er (der große Barynski) kann freilich die ganze Wahrheit nicht sagen, weil er „seine persönlichen Ansichten mannigfach der Staatsraison unterordnen muß“, aber so viel kann er doch, ohne die Staatsinteressen zu verletzen, schon jetzt sagen, daß er in den Kulturkampf hineingerathen sei, er (der große Barynski) wisse selber nicht wie; daß er weder als Ressortminister, noch als Ministerpräsident an der Entstehung der Maßregeln theilhaftig gewesen, sondern nur als Mitglied des Staatsministeriums; daß er als solches zwar im Allgemeinen die Verantwortlichkeit mittragen müsse, jedoch für alle Einzelheiten und Arabesken nicht verantwortlich gemacht werden könne u. s. w. Die Ausführungen des braven Barynski spielen darin, daß er in der Sache eigentlich nur die Stellung eines „Zeugen“ einnehme, welcher mit der ihm (den großen Barynski) auszeichnenden fädeligen Wahrheitsliebe jetzt vor der öffentlichen Meinung Zeugnis ablege.

Was er sonst noch geredet, ist uns gleichgültig; wir wollten bloß die kochenlose Heuschel amageln, die der große Barynski, alias der Eiserne Kanzler, in seinem Streben, das Biakto des Kulturkampfes von sich abzuschütteln, unverfroren zur Schau stellt.

Kropos, die „Frankfurter Zeitung“, der es mißunter geling, das Gras wachsen und die Föhde husten zu hören, wittert hinter dem frechenpolitischen Biakto des großen Barynski einen hochstaatsmännlichen Gedanken, einen Reiferstreich der Staatsmannschaft. Sie hat nämlich die tiefinnige Entdeckung gemacht, daß der große Barynski sich von seiner Unfähigkeit, mit der Sozialdemokratie fertig zu werden, überzeugt habe, und nun zur Bekämpfung der bösen Staats- und Gesellschaftsfeinde das Bündniß der katholischen Kirche suche — welches ihm auch schließlich nicht entgegen könne, so daß es sich also höchstens um ein vorübergehendes Biakto handle.

Der brave Sonnemanns-Moniteur vergißt hierbei nur eins: daß gegen die Sozialdemokratie das Zentrum schon seit Jahren zu haben ist — trotz des Kulturkampfes; daß es also keines Bündnisses zu diesem Zweck bedarf. Wo es das Volk, die Freiheit und den modernen Geist zu bekämpfen gilt, da sind Staat und Kirche zu allen Zeiten einig gewesen, und werden es auch sein, so lange sie bestehen.

— **Dem Puttkamerchen** ist in der That nicht zu helfen. Indem wir seine Taktik in Bezug auf das Sozialistengesetz detaillirt voraussetzten, — genau voraussetzten, was er vor, während und nach den Debatten über die Verlängerung thun würde, glaubten wir allen Ernstes ihm einen Gefallen zu thun und ihn zu einem Verlassen der langweiligen, seine Geistesarmuth verrathenden Schablone zu bestimmen. Es war jedoch Alles umsonst. Puttkamerchen hat keine selbstständigen Gedanken, er besitzt nicht das nötige Bischen Originalität, um sich aus der Schablone herauszuarbeiten, und so hat denn der unglückliche Schablone-Politikerminister aufs Haar das gethan, was wir voraussetzten, und die „milde Praxis“ sofort nach der Verlängerung, ohne auch nur die wenigste Anstandsfrage zu machen, durch „scharfe“, „krumme Praxis“ ersetzt. Ein wahrer Platzregen von Verammlungsverböten und ähnlichen Schablone-Randern bezeugt freigelegt die Richtigkeit unserer Beurteilung Puttkamerchen's.

Beiläufig ist unsere neuliche Anfrage an Puttkamer bis jetzt unbeantwortet geblieben. Daß seine Erzählung nicht selbst antworten würde, war vorauszusetzen. Aber auch keines seiner Reptilien, die doch sonst so schnell bei der Hand sind, ihr Publikum über die neuesten Leistungen des „Sozialdemokrat“ zu unterrichten, hat sich bisher bemüht gefunden, von unserer Anfrage Notiz zu nehmen. Wir möchten in der Sache um so weniger einschlagen lassen, als sich die von uns angeführten Budgetposten auch im preussischen Etat für 1886/87 wiederfinden.

Also — ist es wahr, daß ein und derselbe preussische Minister nicht nur 36 mal das Ministergehalt von 36,000 Mark pro Jahr einstreicht, sondern auch, obwohl er als Minister des Innern freie Amtswohnung — ein trefflich eingerichteter Ministerhotel unter den Linden in Berlin — hat, noch als Vizepräsident des Staatsministeriums 9000

Mark Reichsentschädigung in die Tasche steckt? Und wie heißt dieser Minister?

Wir bitten dringend um Antwort, nicht aus müßiger Neugier, sondern — wie schon gesagt — um alsdann mit Erzelenz Puttkamer gemeinsam den Kampf zu führen gegen die an den Kassen der Arbeiter und der Steuerzahler sich mästenben Schmarozer.

— Der in unserm heutigen Leitartikel erwähnte Puttkamer'sche Mas fordert nach offizieller Lesart die Polizei etc. Behörden auf, sich bei Arbeiterstreiks „zur der gesetzlich bestehenden Koalitionsfreiheit gegenüber jeder Maßregel sorgfältig zu enthalten, welche als eine Parteinahme für die Arbeitgeber gegen die Arbeitnehmer oder umgekehrt erscheinend“ könnte, auf der anderen Seite aber zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung streng darüber zu wachen, daß der Lohnkampf ausschließlich auf friedlichem Wege und mit gesetzlichen Waffen zum Austrage gelangt. Jedem von der einen oder der anderen Seite ausgehenden Versuche, anläßlich der auf dem Gebiete der Lohnbewegung entstehenden Streitigkeiten den legalen Boden zu verlassen, soll daher nachdrücklich und mit allen gesetzlichen Mitteln entgegengetreten werden. Von den strafrechtlich zu verfolgenden Vergehen abgesehen, gehören zu den Ausschreitungen, welche den Charakter widerrechtlicher Gewaltthaten an sich tragen, namentlich die Versuche, einheimische oder auswärtige Arbeiter daran zu hindern, als Ersatz in die entstehenden Lücken einzutreten; ferner namentlich die Agitationen auf den Bahnhöfen, sowie die Behinderung und Belästigungen der weiter arbeitenden Arbeiter. In allen solchen Fällen sollen die Polizeibehörden dem betroffenen Theile (das heißt den Hämeln der Prinzipale!) Schutz und Beistand gewähren. Ganz besonderer Ueberwachung sollen indes diejenigen Arbeitseinstellungen unterworfen werden, welche durch die sozialdemokratische Agitation angefaßt sind oder auch nur (dieses „auch nur“ ist unzahlbar) in ihrem weiteren Fortgange der Zeitung derselben verfallen, die somit (und nun kommt die moralische Guillotine) ihren wirtschaftlichen Charakter abstreifen und einen revolutionären annehmen.

„In dem Kundgebungen — heißt es in der ministeriellen Verfügung —, wo durch Thatsachen jene den Umurzbestrebungen dienende Tendenz bei einer Arbeitseinstellung zu Tage tritt, wird auch die Nothwendigkeit gegeben sein, gegen die mit ihr zusammenhängenden öffentlichen Kundgebungen auf dem Gebiete der Presse, sowie des Vereins- und Berammlungswezens die Vorschriften des Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21. Oktober 1878 mit derselben Strenge in Anwendung zu bringen, wie gegen jene Bestrebungen überhaupt. Insbesondere wird nach Befinden der Umstände in denjenigen Bezirken, innerhalb deren die im § 28 des oben angeführten Gesetzes vorgesehene außerordentliche Maßregeln in Wirksamkeit gesetzt sind, von letzteren auch gegen Führer von Streikbewegungen Gebrauch zu machen sein, sobald die Behörde die begründete Ueberzeugung gewinnt, daß von diesen Personen eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung zu besorgen ist.“

So werden die belgischen Unruhen auch in wirtschaftlicher Beziehung gegen die deutschen Arbeiter fraktifizirt oder doch zu fraktifiziren versucht. Denn Puttkamer weiß sehr gut, 1) daß die „sozialdemokratischen Agitatoren“ überhaupt nicht sehr für Streiks schwärmen, wenigstens nach Kräften bemüht sind, leichtfertige Streiks zu verhindern, die Streiks durch Schaffung guter Organisationen überflüssig zu machen. 2) Daß die „sozialdemokratischen Agitatoren“, wo immer sie sich an die Spitze Streikender stellen, von jeder darauf bedacht gewesen sind, unnütze Opfer zu ersparen, und Disziplin und Ausdauer, keineswegs aber Gewaltthätigkeiten predigen, von denen sie wissen, daß sie nur den Vornamen zum Einschreiten gegen die Streikenden zu liefern pflegen. 3) Daß Arbeitseinstellungen heutzutage mit den „Ankurbestrebungen der Sozialdemokratie“ genau so viel zu thun haben als Schutz und Freiheit.

Wenn er also trotzdem die „sozialdemokratischen Agitatoren“ verhindern will, ihren streikenden Kollegen mit Rath und That zur Seite zu stehen, so geschieht dies in der löblichen Absicht, diese einzuschüchtern, zu isoliren, ihrer thätigsten Kräfte zu berauben. Jeder thätige energische Organist wird naturgemäß in den Vordergrund gedrängt, und dadurch den Behörden ganz von selbst als „sozialdemokratischer Agitator“ verächtlich — ganz abgesehen von den bekannten Denunziationen der Prinzipale und ihrer Sympothanten. Jede Beinträchtigung des Rechtes der Arbeiter, ihre Führer nach Fähigkeit selbst zu wählen, ohne Rücksicht auf ihre politische „Gutgsinntheit“, ist ein Hauptschlag gegen ihre Interessen, und ein solcher und nichts anderes ist der neueste Puttkamer'sche Mas.

Wenn eben nicht zu rathen ist, dem ist auch nicht zu helfen.

— **Die tröstliche Sprache**, welche unsere Genossen Döbel und Liebknecht in der Debatte über den Antrag auf Verlängerung des Sozialistengesetzes geführt, hat trotz Bismarck und Puttkamer, in Parteilosen freudigen Widerhall gefunden. Die deutschen Arbeiter sind zum Glück noch nicht so verpöhlert, daß sie sich durch die dialektischen Taschenpielerstücke eines frechen Junkers in's Bodschorn jagen lassen. Von den Zuschreibern, die uns dieserhalb zugegangen, seien hier nur zwei erwähnt:

„In der am Sonntag, den 11. April abgehaltenen glänzend besuchten Volksversammlung“, schreibt man uns aus Köln, „wurde unerseits eine Resolution eingebracht, in der wir erklärten, den von Döbel und Liebknecht in der Sozialistengesetzdebatte abgegebenen Erklärungen vollständig beizupflichten, und ihnen unsere volle Zustimmung zu diesem würdigen, prinzipientreuen Verhalten auszusprechen. Da erhob sich der überwachende Kommissar und erklärte, in übrigens durchaus höflicher Form, er müsse die Versammlung auflösen, wenn die Resolution nicht anders gefaßt werde. Und so wurde denn eine etwas allgemeiner gefaßte Resolution beschlossen.“

Aus Königsberg schreibt uns ein Genosse mit der Bitte um Veröffentlichung: „Döbel und Liebknecht hatten uns allen hier aus der Seele gesprochen, und wir haben uns daher um so mehr über die Bemerkungen im „Deutschen Wochenblatt“ über Döbel's Rede geirrt. Mit ähnlichen Bemerkungen, wie die dort geäußerten, haben die hiesigen liberalen Zeitungen über Döbel's und Liebknecht's Reden geschrieben, und von ihrem Standpunkt ja mit Recht. Aber wir Sozialdemokraten haben doch mit den Argumenten dieser laubduselnden Opportunistenpolitiker nichts zu thun.“

Ferner sei erwähnt, daß die Mitgliedschaft deutscher Sozialisten in Büch in ihrer Sitzung vom 10. April einstimmig eine Resolution beschlossen hat, in welcher sie ihre Genugthuung für die mannhafteste Art und Weise ausdrückt, mit der unsre Abgeordneten im Reichstage auf die Intriguen und Provokationen der Segner geantwortet.

— **Dem Sozialdemokraten Heine** ist der Fortschrittler Dirichlet gefolgt. Die Lokatoren des Raumburger Oberlandesgerichts haben das Königsberger Oberlandesgericht nicht schlafen lassen: auch Dirichlet ist in seinem Diltentproseß schuldig befunden worden. Bravo! Die biedereren Raumburger und Königsberger Richter haben unser Urtheil über die moderne Justiz und die Gerechtigkeit im Klassenstaat aufs Schlagendste und Glänzendste bestätigt. Vivant soquontes! Hoffentlich findet das schöne Beispiel allgemeine Nachahmung.

— **Herr Lenzmann** ist immer ein onfant terriblo (Schreckenskind) gewesen, aber seine Kinderstreiche waren bisher so harmloser Art, daß man sie und ihn nur humoristisch behandeln konnte. Jetzt fangen die Kinderstreiche dieses onfant terriblo an, sich zu Jungenstreichen fortzuentwickeln, und da muß man zur Judruthre greifen, damit einer weiteren Fortentwicklung in dieser bedenklichen Richtung gesteuert werde. Und das thun wir hiermit.

Also auf dem neulichen „Parteitag“ (in Gänsefüßen) der demokratischen „Partei“ (in Gänsefüßen) stellte Herr Lenzmann mit einigen seiner „demokratischen“ Genossen den Antrag, daß der als Delegirter erscheinene Herr Gille, weil er sich in Oberfeld den Sozialdemokraten genähert, als zur demokratischen Partei gehörig nicht mehr zu betrachten, und deshalb weder als Delegirter noch überhaupt zu den Verhandlungen zugelassen sei.“

Das kehrerliche und kehrerliche onfant terriblo sagte zur Begründung seines „demokratischen“ „Ausschmeißungs“-Antrags (nach dem Referat der „Frankfurter Zeitung“):

„Gille's gehöre zu den Leuten, die aus politischer Unklarheit die beste Sache zu verderben im Stande sind. Seine (nicht

des Lenzmann, sondern des Gille's) Konfusion gehe so weit, daß ihm die Differenz zwischen Sozialdemokratie und Demokratie mit einmal klar ist. Ein Zeichen von Unzurechnungsfähigkeit sei es, die Partei (gemeint ist die auf Gänsefüßen waltende demokratische Partei des Herrn Lenzmann) zuzumuthen, sich gleichzeitig Sozialdemokratie und der Volkspartei anzuschließen. Gille's wolle von der sozialdemokratischen Partei mißbraucht; darum müsse sich von ihm lossagen.“

Wenn das terribloste der onfant terriblo's „politischer Unklarheit“ spricht, und zwar im Ernste spricht, dann ist das allerdings geradezu überwältigender Komik. Denn Herr Lenzmann, der an Sozialdemokratie nichts Anderes auszusagen weiß, als daß sie, wie früher einmal ausföhrte — „die Freiheit unterdrückt und folglich Demokratie in diametralen Gegensatz bringe“, ist selber die verkörperte politische Unklarheit, die politische Unklarheit in idealistischer Vollendung.

Herr Gille's, dem wir sonst nicht das Wort reden wollen, ist wenigstens begriffen zu haben, daß die Demokratie, wenn sie nicht soflüßig wird, d. h. sich zur Sozialdemokratie erweitert, ein wesentliches Element der Lebensfähigkeit der Demokratie ist. Herr Lenzmann dagegen weiß nicht, was „Freiheit“ ist, er weiß nicht, was Demokratie ist, er weiß nicht, was Sozialdemokratie ist — anstatt eines Parteiprogramms hat er nur eine einzige Phrase: „Die wahre Demokratie“; und nur ein einzigen Gedanken: „Ich — der Lenzmann — bin der einzige Vertreter der wahren Demokratie.“

Niemand anders hat die einzig wahre Demokratie verstanden, Niemand anders den einzigen Lenzmann verstanden hat — was freilich ein Kunststück wäre, inwiefern der einzige Lenzmann sich selber zu seine einzig wahre Demokratie nicht verstanden hat.

Doch lassen wir das.

Genug: wir stellen die Thatsache fest, daß der einzig wahre Demokrat Lenzmann — der klassische Ausdruck des Marx-Stirner'schen: „Der Einzige und sein Eigentum“ („Der Einzige“ — Lenzmann — „und sein Eigentum“ — die einzig wahre Demokratie) — zum Kezer sich geworden ist, und sein Verständniß der Begriffe: „Freiheit“ und „Demokratie“ klassisch und drastisch dadurch bekundet hat, daß er den glücklichen Gille's, der die „Freiheit“ und „Demokratie“ nicht ganz wie der Stirner-Demokrat Lenzmann versteht, aus der „demokratischen Partei“ des einzig wahren Lenzmann „ausschmeißt“ ließ.

Wir schwingen die Axtse, — lassen sie aber nicht niederfallen.

Leider kommt's jedoch mit unserm Einigen noch schlimmer.

Für Größenwahn und Konfusion genügt die Karrenprüsche.

Für folgenden Jungensreich, den Größenwahn und Konfusion zudem ausgebreitet, genügt sie wohl kaum mehr.

Nach einem Bericht der „Post“, dieses Organs der „Volkspartei“ und des Reptilienfonds, sagte Herr Lenzmann vor einigen Tagen einer demokratischen Winklerversammlung zu Berlin:

„In der jetzigen Situation gibt es nichts Klüglicheres, als unter parlamentarischen Bedahren, ich fühle mich nach einer fünfjährigen Prax davon angeleitet und harre nur aus Pflückgeschick auf meinem Posten aus. Schon die Zwischenkrise ist nicht schön, man sollte den Kampf mit Würde, aber nicht wie die Reptilien auslechten. Der größte Theil der Schuld für diese Entartung trifft die linke Seite des Hauses; parentetisch will ich bemerken, die „Magdeburger Zeitung“ hat in diesen Tagen in recht verständlicher Weise dieses Bedahren getabelt. Ich wundere mich nicht, daß der Reichskanzler uns so behandelt, wie wir uns gegenseitig behandeln. In unserer wunderbaren Parteilagerung liegen große Uebelstände, man operirt nur nach dem Grundriß. Wie ist für die Partei ein tatsächlicher Vortheil zu erreichen?“

Zur Erklärung dieser Egeptorationen des einzig wahren Demokraten sei bemerkt:

1) Der einzig Wahre ist vom Parlamentarismus gerade in dem Moment „angeleitet“, wo der Parlamentarismus im deutschen Reichstage gegen den Reich's-Buzemann Dito aufzulernen beginnt;

2) die „Zwischenkrise“, über welche der einzig Wahre in sittliche Entrüstung geräth, richteten sich gegen den meineliebigen Pflückgeschick, der die Freiheit hatte, in anständiger Gesellschaft den Reichsaufzutun, und sich als berufensten Apostel der Moral und Kultur anzupreisen;

3) Das nationalliberale Reptilienblatt, die „Magdeburger Zeitung“, auf die unser einzig wahrer „Demokrat“ sich als auf den Anstands-Autorität bezieht, hat vor 14 Tagen oder 3 Wochen in einem langen Leitartikel die unersättliche Behauptung aufgestellt, die Linke des Reichstages sei es, welche den politischen Anstand verletze während notorisch die Südker (Reinholdspasse), Hammerstein (Junker und Bankrottmacher von Profession), Bismarck-Puttkamer (Schimpf- und Lügenortwesen) und sonstiges Volk gleicher oder ähnlicher Sorte es ist, welches den „Schwerverbrennen“ im Reichstage einzuführen die erdenklichste Mühe gegeben hat und gibt.

Man sieht: der einzig „Wahre“ hat sich durch seinen Größenwahn und seine Konfusion genau in das Fahrwasser der Stöcker'schen Hammerstein, Bismarck, Puttkamer und Konsort hineinschleppen lassen; und es ist ihm auch die verdiente Jüchtigung Theil geworden, daß die „Norddeutsche Allgemeine“ ihm die „Richtung“ anpöndert. Das ist eine so graumake Jüchtigung für den einzig Wahren, daß wir die schon erhabene Axtse wieder fallen lassen Herr Lenzmann für immer laufen lassen. Ja, für immer!

Dieses onfant terriblo wird uns sicherlich niemals gefährlich. Jernst jüchtigen, hieße ihn ernst nehmen, und das wäre zu viel Ehre dem einzig Wahren.

— **Ein christlicher Maffler.** In der Berliner „Postischen Zeitung“ lesen wir, daß einige, der königlichen Seehandlung gehörende Terrai in Charlottenburg bei Berlin an Herrn Moriz Treitel veräußert wurden, und daß der Finanzminister dazu seine Zustimmung erteilt hat.

Herr Moriz Treitel ist derselbe Wiederemann, für den vor 1<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Jahren der Sohn des Reichskanzlers — unser „Bill“ — sich in's Zeug wunden und sein Vater, der durchlauchtigste Fürst Bismarck, die besten der Berliner Kaufmannschaft aufzubereiten, den verkrachten Moriz Treitel zum vererbenden Maffler zu ernennen, welches ehrenvolle Wels die Rechten aber trotz des „Wo ist die Frau?“ kühnen Verzens ablehnten.

Wie man an der Börse erzählt, soll Herr Treitel auch ausserordentlich die politischen Güter, für die der preussische Landtag in seines Patriasmus glänzendem Gefühle 100 Millionen Mark hochherzig bewilligt zur — Germanströmung ankauften. So könnte er sich wenigstens in der Rolle des „christlichen Mafflers“ versuchen.

Die Gefährliche klingt so — mit Verlaub, Herr Reichskanzler ruffisch, daß wir sie betnahe glauben könnten.

— **Einer schamlosen Denunziation** hat das „Dresdener Journal“, amtliches Organ der sächsischen Regierung, sich schuldig gemacht, indem es, unmittelbar vor der Entscheidung über das Sozialistengesetz, die Einräumung eines Fabrikgebäudes in Crimmitschau für ein Werk der Sozialdemokraten erklärte. Jetzt hat nun der, so unsozialistische Stadtrath von Crimmitschau dem „Dresdener Journal“ eine Berichtigung zugehen lassen, worin dessen Behauptungen jeder Begründung entbehrend und rein aus der Luft gegriffen bezeichnet werden.

Das „Dresdener Journal“ steckt das Dementi ruhig ein, und meinetwegen es diesmal Unrecht gehabt, so könne es ein andermal vielkecht Recht haben. Das brave Regierungsblatt wird also bei der nächstgelegenen Wiederlage. Was zu beachten, damit nicht verflümmet mit ihm mit doppelter Kraft auf die Finger zu klopfen.

— **Der Reichstag** hat sich am 10. April vertagt, und zwar zum 16. Mai, also auf mehr als 5 Wochen. Die neue Schnapsteuer soll Rülte Rai eingebracht werden, desgleichen eine Zuckersteuer, und vermuthlich noch etliche andere neue Steuernprojekte.

Den billenlosen Reichstagsboten ist diese Verlängerung der Seff höchst fatal; und es wird überaus schwierig sein, nach Ostern ein schlußfähiges Haus zusammenzubekommen. Man trägt sich deshalb mit dem Gedanken, daß die Schnapsteuer u. s. w. nach einer kurzen Geraltberathung — bei der es ja keine Beschlußfassung gibt, und folglich die Gefahr einer Konstatierung der Beschlußunfähigkeit nicht ausläßt — vor eine Kommission verwiesen, der Reichstag dann auf längere Zeit vertagt und den Mitgliedern der Kommission Diätenzahlu

\*) Die englische Konkurrenz hat in Deutschland den Uebergang vom Kleinhandwerk zur Großindustrie gewaltig beschleunigt. Daß dieser Uebergang für die Arbeiterwelt vielfach mit Leiden verknüpft war, ist richtig, er war aber unermeldlich, und wir haben keine Ursache, den Engländern darüber gram zu sein.



gemährt werden soll, wie weiland den Mitgliedern der 3. u. 4. Kommission.

Sanguiniker hoffen bereits, daß dies der Anfang zur allgemeinen Diktierung an die Reichstagsabgeordneten sein werde.

Rotirlich eine Klusion. Die Frage steht heute genau wie bei andern halb Jahrzehnten: die Reichsregierung wird sich zur Diktierung nur unter der Bedingung verstehen, daß der Reichstag das allgemeine Wahlrecht opfert.

— **Klassenjustiz.** Das Reichsgericht hat das horrend Urteil des Kroner Landgerichts gegen unsern Osmosen Rückelshahn — 3 1/2, sage drei und ein halbes Jahr Gefängnis wegen angeblicher Verbreitung verbotener sozialistischer Schriften — kurzerhand bekräftigt und damit der grauenhaftesten richterlichen Willkür Thür und Thor geöffnet.

Als er eine Zeitlang milder wehte, erinnerte sich das ehrenwerthe Reichsgerichtskollegium plötzlich, daß es doch wohl nicht bloß zur Abmilderung unangenehmer Gesetzesparagrafen da sei und ließ sie und da einmal Streifpredigten erfolgen. Nun aber in oberen Regionen der Wind wieder ruffisch weht, wird auch das Recht ruffisch ausgelegt, kommen russische Strafen in Mode.

Und so muß unser Genosse jetzt auf drei und ein halbes Jahr ins Gefängnis wandern, drei und ein halbes Jahr getrennt von den seinen jeden vernünftigen Umgang entbehren, drei und ein halbes Jahr seinen Willkür eines politischen Engherzen unterworfen. Glauben die Herren Richter, durch solch dramatische Urtheile zu schrecken? Sie täuschen sich. Solche Rechtsprüche erbittern nur und reizen zum Widerstand. Wird oben das Recht mit Füßen getreten, das Gesetz zum Deckmantel der Befriedigung gemeiner Rachsucht benutzt, dann wird unten damit wahrlich alles eher erreicht als Achtung vor dem Gesetz. Der Wind weht, wird Sturm ernten.

— **Wätere Ordnungsgesetze.** Aus Heilbronn a. N. schreibt man uns: In dem Antrag zu den Schwurgerichtsverhandlungen für das laufende Quartal ist zu lesen: „Straflose gegen den Schußheißigen Stegelmüller von Frankendach wegen versuchter Rothzucht.“ Dieser „Lebenslängliche“ ließ sich begeben, in Abwesenheit des Herrn Pfarrers im Pfarrhause einen Besuch zu machen, um die Köchin mit Liebeserklärungen zu überschütten und sie zu seinen thierischen Gelüsten zu bestimmen. Es ging ihm da aber nicht so gut wie sonst, das Mädchen (das nebenbei sehr hübsch sein soll) machte Värm, und so kam dieser Ritter der „heiligen“ Ordnung ans Messer. Ich würde die Sache vielleicht nicht erwähnen, aber es ist dies der „weldberühmte“ Schubkarenjunge, der seinerzeit einen süßleidenden Handwerkerburschen per Schubkaren nach dem Oberamt transportieren ließ. Nun, verdient hätte er die Abweisung schon oft. Pfarrersliebe und Schule, nicht wahr, das ist Sittlich?

Der in Erlangen a. N. aufgewanderte Pfaffe Weidbrecht von Schwaigern kommt an die Hochschule in Jülich? Ich sandte Ihnen seinerzeit eine staatskritische Broschüre: „Was ist mit der Sozialdemokratie?“ Da Sie hier von den „Ordnungsfreunden“ in Masse verbreitet wurde. Da Sie den Vogel nun in Ihrem Neste haben (in kurzer Zeit wird er dort ein treffen), so könnten Sie mit ihm sammt seiner Broschüre vielleicht einmal in einer öffentlichen Versammlung gründlich ins Gericht gehen. Willkürlich rathen ich Ihnen, diesen Gottesmann und kritischen Vernichter der Sozialdemokratie auch etwas scharf ins Auge zu nehmen, er emblet sich nach unsern Beobachtungen als ein leuchtendes Vorbild für christlich-germanische Zucht und fromme Sitte. Der Rest ist — Schwaigern.

Somit die Zuschrift. Seitdem sie geschrieben, ist über den oben-erwähnten Schützen Urtheil gesprochen worden. Der würdige Ordnungsbefehl „unter Annahme mildernder Umstände“ (natürlich!) 1 Jahr Gefängnis und 3 Jahre Ehrverlust. Offenlich wird er bald begnadigt.

Was den Exorzisten und jetzigen Theologieprofessor Weidbrecht angeht, der inzwischen in Jülich eingetroffen, so ist seine aus Nehringstr. 10. in Erlangen a. N. abfallende populäre „Tödtung“ der Sozialdemokratie bereits im Jahre 1880 von H. Oldenburg im „Reichsboten“ gründlich abgethan worden, daß wir wirklich wenig zu verschreiben, was im „Sozialdemokrat“ noch einmal mit dem traurigen Nachwort zu befragen. Ist man ja bei derartigen Sammelbüchern aller möglichen Verdrehungen gewohnen, wenn man sich überhaupt auf sie einläßt, ihnen mehr Raum zu schenken als sie überhaupt werth sind. Etwas anders ist es mit einer Versammlung. Wir werden darüber mit unsern schwerhörigen Genossen reden, für die es sicher von Interesse ist, die Leuchten der Wissenschaft näher kennen zu lernen, die auf der hiesigen Hochschule Gottesfurcht und fromme Sitte predigen.

— **Lügen haben kurze Beine.** Ist eines jener Sprichwörter, die eine ewige Wahrheit ausdrücken, durch die Verhältnisse des Augenblicks aber anscheinend Lügen gestraft werden. Die Nachhader der Erde: Pfaffen, Fürsten, Bourgeois — wie anders beherrschten sie die Welt als durch Lüge und Heuchelei? Und beherrschten sie nicht die Welt seit Jahrtausenden? Wie falsch ist es also, von „kurzen“ Beinen der Lüge zu reden! Wäre es nicht weit richtiger, zu sagen: Die Lüge hat lange Beine — Beine, so lang, daß sie Jahrtausende drauf laufen kann?

Nur wer nach dem Schein urtheilt, kann so reden. Der Schein trägt freilich, er kann Jahrtausende lang tragen, allein Trug ist es immer; und wer fähig ist, die Wahrheit zu erkennen, hat den Trug und Zug von Anfang an als Trug und Zug erkannt. Nur für die Masse der Urtheilslosen haben die Lügen nicht kurze Beine. Wenigstens nicht immer. Mitunter haben sie kurze, sehr kurze Beine auch für die Dummsten; freilich nur dann, wenn die Lügen sich schießt auf das Versehen verlassen. Und in Betreff des Lügens gilt zum Glück nicht das andere Sprichwort: „Uebung macht den Meister.“ Gewisse Leute können lügen, so viel und so lange sie wollen, zur Meisterhaftigkeit bringen sie es doch nicht.

Die dumme v. D. haben die Bismarck, Puttkamer und Konsorten in Sachen der Sozialistengesetz-Verlängerung gelogen und lügen lassen. Kaiserliche Beine in der That haben Lügen niemals gehabt, als die bei jener Gelegenheit und für jene Gelegenheit von den Bismarck, Puttkamer und Konsorten in die Welt geschickten. Die vom Wolffschen Telegrammbureau im Auftrag der Bismarck, Puttkamer und Konsorten entworfenen „Revolution“ — durch höchsten Richterspruch als Lüge gebrandmarkt; die von den preussischen Spiegeln und dem Wolffschen Telegrammbureau im Auftrag der Bismarck, Puttkamer und Konsorten so eifrig propagirte belgische „Revolution“ durch die zum Theil militärischen Darlegungen der belgischen Presse als Lüge und Polikriminandenvergehrmarkt und den Bismarck, Puttkamer und Konsorten erbaumungslos vor ganz Europa an die Rodschäppe gehängt!

Nachlich, rascher hat niemals die Strafe den Frevel erteilt, als in diesem Falle, und eine traurige Rolle hat niemals eine Regierung gespielt, als jetzt die Regierung der Bismarck, Puttkamer und Konsorten.

sich seit einiger Zeit wieder regt und ein kleines Blättchen herausgibt, unterrichtet seine Leser über die bekannte Versammlung in Berlin, in der Bebel sprach, wie folgt:

„Berlin erwacht! Dort ist es ganz unerwartet zu einem heftigen Kampf mit der Polizei gekommen. Am Freitag Abend (19. März) hielt Bebel mit „hoher obrigkeitlicher Erlaubnis“ in einer Versammlung am Andreas-Platz eine seiner Gesetzkritiken. Bei der Debatte erinnerte ein Arbeiter an den 18. März, und die Polizei löste die Versammlung auf und räumte das Lokal. Während die „Führer“ rasch verschwanden, ließ die Polizei die Arbeiter her und verhaftete 7 Mann. Da war wie aus der Erde geklopft plötzlich eine dicke Arbeitermasse da; aus allen Straßen des Frankfurter Viertels strömten sie zum Andreas-Platz und schlugen sich gegen die Polizei die halbe Nacht hindurch, so daß diese völlig lahm gelegt war. Erst lange nach Mitternacht trennte sich die aufständische Masse.“

Wie müssen die Leser da empört sein über den selgen Ausreißer — Bebel.

— **Was der Telegraph erzählt.** Ueber die Sozialistengesetzdebatte in der Reichstagsitzung vom 30. März lesen wir in amerikanischen Zeitungen folgendes wunderbare Telegramm:

„Auf Windthorst's Bemerkung, er könne nicht einsehen, was die belgischen Unruhen mit dem deutschen Sozialismus zu thun hätten, erklärte der Minister, er wolle nur danken, daß die ungenügenden belgischen Gesetze die Unruhen möglich gemacht hätten, beweise aber, daß deutsche Sozialisten darin verwickelt seien. Die belgischen Bourgeois hätten fortanerd und absichtlich gefährliche Unruhen angestiftet und die Regierung selbst (o armes Puttkamerlein) provoziert folge. Bebel rief den Redner zur Ordnung, worauf Puttkamer diesen und Most als die gefährlichsten Agitatoren bezeichnet.“

Eine sachgemäßere Berichterstattung ist gar nicht denkbar.

— **Belgien.** Die brave liberale Regierung arbeitet stramm nach preussischem Muster. Auf der einen Seite sollen Press- und Redefreiheit durch strafgesetzliche Kaufschulparagrafen genehmigt werden, auf der andern Seite bereitet man einen kleinen sozialreformatorischen Schwindel vor — einen Kongreß der Waise, auf dem Mittel und Wege berathen werden sollen, um die Lage der Schafe erträglich zu gestalten. Nun, hoffentlich wird die ausfallende Neuwahl in Brüssel dem ultramontanen Regiment den verdienten Gnadenstoß versetzen. Die sehr feine Wunde der Boden unter den Füßen brennt, geht aus dem Umstand hervor, daß sie es nicht wagt, dem aus notorischen Lumpen bloßgestellten Abgeordneten Banderschnitten, der zum Ueberflus auch noch auf seine Frau einen Vorwurf gemacht hat, fallen zu lassen, sondern diesen schmutzigen Patron lieber in ihrer Mitte duldet, als durch eine weitere Satzung — ein Mandat ist durch Todesfall erledigt — einem Kompromiß zwischen Jung- und Altiliberalen den Weg zu ebnen. So kretzelt man mutzig für Wahrheit, Freiheit und Recht — zur größeren Ehre Gottes.

Auf die wiederholte Behauptung der belgischen Bourgeoispresse, daß deutsche Agenten die Tumulte in Seraing und Charleroi geschürt hätten, antwortet unser brüßeler Bruderorgan „Peuple“:

„Wenn sich unter den Bergarbeitern unserer Kohlenbezirke viel Deutsche befinden, so sind es die Ausbeuter selbst, die daran Schuld sind. Thatsächlich akzeptieren die Deutschen, durch die Noth getrieben, gewöhnlich die niedrigsten Löhne. Um die Preise möglichst herabzudrücken, und da die Kohlenarbeiter keine Organisation haben, die es ihnen ermöglicht, sich dem zu widersetzen, stellen sie alle Ausländer ein, die bereit sind, für geringeren Lohn zu schaffen, und schicken sie die eignen Landbesitzer fort, damit für die Konturrenten derselben Platz wird.“

Und jetzt lassen sie in der ihnen gehuligten Presse erklären, daß es sicher Deutschland ist, welches die Szenen, deren Zeuge wir gewesen, provoziert hat. Man kann nicht jesuitischer sein. Da sie die niedrigsten Löhne empfangen, waren die deutschen Arbeiter diejenigen, welche von den Besitzern am meisten ausgebeutet wurden. Sie haben sich ihren Kameraden angeschlossen, als diese sich von der Erbitterung hirtreiben ließen und den Eingebungen des Hungers folgten.“

— **England.** Die vier freigesprochenen Mitglieder der Sozialdemokratischen Föderation: Burns, Champion, Hyndmann und Williams, veröffentlichten in der neuesten Nummer der Londoner „Justice“ eine gemüthsame Erklärung, welche mit den folgenden Worten schließt:

„So endet der längste, und hoffen wir, der letzte von Staatswegen erhobene Aufreißungsprozeß in England. Sein Endergebnis wird weittragend sein. Der Ausgang war ehrlich herbeigeführt. Der Generalanwalt selbst mußte zugeben, daß nicht nur jeder der Angeklagten vor dem Gerichtshof dieselbe Sprache geführt wie draußen, sondern daß auch jeder von ihnen der abgemachten Anklage in männlicher Weise dadurch entgegentrat, daß er die volle Verantwortung für die Worte und Handlungen seiner Mitangeklagten auf sich nahm. Nach Dob Street“ und Rob-Montag kann nur die Bergweisung, die dem Sturz vorangeht, eine Regierung noch dazu treiben, das Recht der freien Rede und freien Versammlung auf Englands Boden zu bedrohen. In dem Zentrum des Kapitalismus mag sich daher die soziale Revolution noch durch die friebliche Demonstration organisirter Kraft vollziehen.“

Die Tumulte im Westen fanden ihr Echo auf dem ganzen Festland, der Urtheilspruch vom letzten Sonnabend wird in den Korridors der Paläste widerhallen, wo selbständige Despoten vor der wachsenden Ungehebel ihrer zu lange gedrückten Wälder jähren; und wenn Otto von Bismarck fragt: „Wer weiß, ob nicht, ehe fünfzehn Jahre vorüber, die rolle Fahne über unserm Haupte weht?“ so wird dieses Echo ihm sagen, daß England, von der Apokalypse, in der es seit Generationen lag, erweckt, den ersten Schlag geführt hat auf dem Schlachtfeld, wo Sieg gleichbedeutend ist mit Emancipation der Arbeiter aller Länder.“

Selbst wenn wir von den Uebersehungslichkeiten der ersten Freude absehen, bleibt in dieser Erklärung Stoff genug zum Lernen für Staatsmänner, die noch lernen können.

— **Rußland.** „In Nowo-Tscherkassk ist die Polizei einer Verschwörung gegen das Leben des Czaren auf die Spur gekommen“ — diese Nachricht, mit allerhand schändlichen Details versehen, machte in diesen Tagen die Runde durch die europäischen Presse, nachdem sie zuerst in der „Times“ gestanden.

Auf Grund spezieller Information ist unser Bruderorgan, der Pariser „Socialiste“, in der Lage, zu erklären, „daß diese angebliche Verschwörung nie existirt hat außer im Gehirn der Herren Tolstoi und Konsorten, die alles Interesse daran haben, den Czar in seinem Palast von Gatschina einzumauern, auf daß sie so lange wie möglich an seiner Stelle regieren können. Der Czar ist der Besessene der Polizei.“

Wir halten es um so mehr für unser Pflicht, von dieser Verächtlichung Notiz zu nehmen, als die Sensationsnachrichten über entdeckte nihilistische Komplotte u. s. unferes Wissens noch den weiteren Zweck haben, die Gemeinheit der russischen Polizei gegen die misliebigen Elemente im Lande zu bemänteln. Aguerst verdächtig ist daher auch ein Bericht der selten „Römisches Zeitung“ über die gegenwärtige Stärke des Nihilismus in Rußland. Das, was man speziell unter Nihilismus versteht, ist zur Zeit keineswegs außergewöhnlich stark — die Klubabsammlungen waren zu gewaltig, als daß die Partei sich so schnell hätte erholen können — was außergewöhnlich stark ist, ist nur die allgemeine Unzufriedenheit, der Unwille über die politisch-soziale Nihilisirtheit in Rußland. Das weiß die Polizei, und um jede Regierung politischer Selbständigkeit sofort unterdrücken zu können, dichtet sie dem „Nihilismus“ eine Macht an, die er — zur Zeit wenigstens — nicht besitzt, und sichert sich so den Beifall des gefitteten und erdraren Europa zu allen ihren nichtswürdigen Gewaltthaten. Wer daher nicht ihr Mitschuldiger sein will, verhalte sich allen aus Rußland kolportirten Sensationsnachrichten gegenüber so mißtrauisch als möglich.

Wir benutzen diese Gelegenheit, einem unferes Größten bedenklichen Jertum entgegenzutreten. In einem deutschen Arbeiterblatt fanden wir jüngst, gelegentlich einer Besprechung des projektierten russischen Unfallentwidungsgesetzes, folgenden Satz: „Die russische Regierung scheint doch zu der Ueberzeugung gelangt zu sein, daß gegen den Nihilismus nur soziale, auf die Besserung des Standes der Arbeiter gerichtete Reformen helfen können.“ Das nimmt sich für den Kenner der russischen Verhältnisse genau so aus, als wenn in den

\*) Die Demonstration gegen Polizeikommissar Sombors, der das freie Versammlungsrecht zu beschränken versucht hatte, ist gemeint.

dreißiger und vierziger Jahren, zur Zeit des jungen Deutschland, Jemand geschrieben hätte: „Die preussische u. Regierung scheint doch u. s. m.“ Was ob es sich nicht in Rußland heute um eine Bewegung handelte, die das gesammte öffenliche Leben, die geistige, politische und soziale Emancipation des Volks vom Druck des zarischen Absolutismus umfaßt! Diese Bewegung mit Hülfe einiger „Sozialreformer“ nach konpartistischer Bismarck'schem Muster aufzuführen, ist längst das Bestreben der russischen Regierung, ohne daß bisher Jemand in Rußland auf den Leim gegangen wäre, und es liegt auch für die Deutschen sicherlich kein Grund vor, zärsaristischen Reserven das Wort zu reden.

— **Amerika.** (Zur amerikanischen Arbeiterbewegung.) Die Hochfluth der Arbeiterbewegung, lesen wir in einer New-Yorker Korrespondenz des New-Yorker „Socialist“, gestaltet sich immer riesenhafter und hat bereits solche Dimensionen angenommen, daß Freund und Feind davor Angst bekommen. Die Freunde haben Angst, daß ihnen die Bewegung über den Kopf wächst, und die Feinde haben Angst, daß die Bewegung sie zermalmen wird.

Die Knights of Labor (Ritter der Arbeit, eine über das ganze Land verbreitete, ursprünglich geheime zentralisirte Arbeiterverbindung, deren Stärke auf nahezu eine Million Mitglieder geschätzt wird) sind jetzt numerisch stark genug, um ihre eigenen Herren im Hause zu sein, wenn sie sich nur ihrer Macht und ihrer Bestimmung bewußt wären.

Bemerkenswerth und zugleich ekelerregend ist das Gebahren der kapitalistischen Presse, die jetzt alle Tage spaltenlange Artikel über Arbeiterangelegenheiten bringt und auch gehörig dazu leitarbeitet; da aber dieses Departement neu ist für diese Schreibkräfte, so kommt der größte Blödsinn zum Vorschein. Ekelerregend ist aber speziell, wie die „Führer“ der Arbeiterbewegung nun auf einmal bespöttelnd werden; es wird einem ba ordentlich schlecht dabei. So schrieb neulich das New-Yorker „Register“, das bis noch vor wenigen Wochen arbeitereindlichste Blatt des ganzen Staats Connecticut, das nun aber im Handumdrehen auf einmal der größte Arbeiterfreund gemorden ist, und in seinem heuchlerischen Outenrathgeben förmlich überfließt, wie folgt: „Bowdler, der Großmeister der „Ritter der Arbeit“, hat als Reichthümer angefangen. Bogie, der Generalsuperintendent des No. Pacific R. R. Systems, war mal Stallknecht in Des Moines, Iowa. Jay Gould, der Präsident des Südwestlichen Eisenbahnsystems, war ein Hausirer, und nun sind alle drei — „Soldado Mon“. Dieser Quatsch soll natürlich die „Ritter der Arbeit“ ädern.

Außerdem liegen jetzt die Reporter den ganzen Tag in den Arbeiter-Versammlungslokalen herum, um ja jedes Wortchen aufzufingeln, was der eine oder andere „prominente“ Knight oder Trades-Unionist möglicherweise fallen zu lassen beliebt; ja sie bedanken sich noch sogar, wenn man ihnen ellenlange Artikel zur Veröffentlichung übergibt. Das ist früher nie vorgekommen. Wie sich doch die Zeiten ändern! — Am aller schlimmsten sind aber jetzt die Politiker daran; die sitzen auf Kohlen und wissen nicht, nach welcher Richtung hin sie um Wind pfeifen sollen. In die „Ritter der Arbeit“ können sie nicht hineinkommen, und nun auf einmal in Arbeiterfreundlichkeit machen, das geht auch nicht gut, denn dazu ist der Politiker Bergangezeit zu bedenklich und außerdem glaubt ihnen doch Niemand mehr. Da ist guter Rath theuer.“

Nun, ganz so optimistisch sehen wir die Situation nicht an. So erfreulich der Aufschwung der amerikanischen Arbeiterbewegung ist, so darf man sich doch nicht verhehlen, daß auch viel Strohhalm dabei unterläuft, und die Unklarheit noch sehr groß ist. So haben sich grade die Knights of Labor jüngst von dem Eisenbahngewerksverband — König — ganz wie man will, Jay Gould gehörig über's Ohr hauen lassen. Wir lesen darüber in der gleichen Nummer des „Socialist“:

„Ein Berichterstatter der „N. Y. Times“ meldet, daß Herr Jay Gould laut triumphirt und ihm gesagt habe, er hätte die Knights of Labor für eine sehr mächtige und gefährliche Arbeiterverbindung gehalten. Nunmehr wisse er aber, daß er sich sehr geirrt habe. Sie seien vollkommen unschuldig und ohnmächtig. — Gewiß ist, daß er in dem „Siret“ auf seinen Bahnen im Westen einen vollständigen Sieg grade über den entschlossenen Theil der Knights davongetragen hat — was für uns nicht unerwartet kam. Gewiß ist, daß er dadurch den Knights und der Arbeiterfrage im Allgemeinen einen empfindlichen Schlag versetzt hat. Aber ebenso gewiß ist, daß er zu früh triumphirt. Die Arbeiter haben eben noch viel gründliche Klärung nötig, ehe sie an's Ruden der Gesellschaft kommen können, und je früher sie durch Schaden klug werden, desto mehr ist dabei gewonnen.“

Vollkommen einverstanden.

— **Sozialistische Presse und Literatur.** „Revue Socialiste“ (Juli 1886) enthält u. A.: A. Chirac, L'Emprunt, E. Fournière, Le Mineur, B. Malon, Les morales spirituelles, Ad. Clémence, La question sociale en Suisse, G. Rouanet, Le travail des femmes et des enfants. — Mélanges et Documents etc.

La Tribune des Peuples, Revue internationale du mouvement social. Paris, Librairie des Deux-Mondes, 17 rue de Loos.

Das erste Heft dieser neuen Zeitschrift (London anarchistisch) enthält unter Anderem:

Elisee Reclus, Einige Worte über das Eigenthumsrecht. — Cassius, Die medizinische Revolution. — Soziale Bewegung: Griechenland, Holland, Brasilien, China, Chile, Spanien, Frankreich, Großbritannien, England, Italien, Luxemburg, Mexiko, Persien, Argentinien, Republik, Serbien, Schwiz.

El Socialista, Organo del Partido Obrero. Madrid. Hernán-Corriós, 8 real.

Unser spanisches Bruderorgan ist nunmehr erschienen. Wir begrüßen es auf's Herzlichste und wünschen ihm bestes Gedeihen.

Zur Besprechung sind außerdem bei uns eingetroffen:

Ein Ungar über Bismarck, Reflexionen zu den Ausweisungen der Polen aus Preußen von Dpari. (Der Verfasser, der über 10 Jahre in Deutschland lebte und vom deutschen Volke mit Ausnahme des ungeheuren Byzantinismus, dessen Schauplatz das heutige Deutschland ist, nur Gutes berichtet, verurtheilt auf's Schärfste die brutalen Polenausweisungen.)

Jens L. Christensen, Der moderne Bildungsschwindel in Schule und Familie, sowie im täglichen Verkehr. Leipzig, B. Glischer. Wir kommen auf dieses Buch, das in Oesterreich wegen „Gefährdung der öffentlichen Sittlichkeit“ (!) und der öffentlichen Ruhe und Ordnung“ und „Störung des Gottesdienstes“ verboten worden ist, in Deutschland daraufhin ebenfalls verboten, nach Protestierung durch drei Instanzen schließlich aber freigegeben wurde, noch ausführlich zurück.

### Korrespondenzen.

**Königsberg,** 12. April. Sonntag den 11. fand hier die Hauptversammlung gegen Schönlanf, Godau und Bunt wegen Verbreitung der „Politischen Wochenschrift“, als Fortsetzung des verbotenen „Königsberger Volksblatt“, statt.

Die Angeklagten hatten in einem andern Termin die Berechnung Bierck's und Köbiger's beantragt, um durch deren Berechnung feststellen zu lassen, daß die „Politische Wochenschrift“ schon deshalb keine Fortsetzung des Volksblattes sein könne, weil die Gründung der Wochenschrift schon vor Erscheinen des Volksblatt von Bierck und Köbiger geplant sei. Bierck hatte in einem Schreiben erklärt, daß er Bierck'schen zu beidigen im Stande sei. Die Angeklagten nach ihrem Verteidiger (Schönlanf war nicht anwesend und wurde von Herrn Rechtsanwält Hed vertreten) waren nicht wenig erstaunt, als das Protokoll Bierck's verlesen wurde, in welchem er zwar erklärt, daß er Köbiger schon vor Erscheinen des Volksblatt, bei einem gelegentlichen Besuch, die Vortheile eines Blattes für Gera und Umgegend auseinandergesetzt habe, im Uebrigen habe er aber den Plan gehegt, ein ganzes Netz von Kopfsblättern um ganz Deutschland zu spannen, damit bei dem Verbot des einen das andere sofort in seine Stelle rücke. Eine Reihe von Ortschaften, welche als Erscheinungspunkte von ihm ausgetoren waren, sind gleichfalls zu Pro-

— **Die Katze läßt das Manen nicht.** Herr Hasselmann, der



